



Niederschrift

54. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. September 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

18.

Punkt 16 der Tagesordnung: Vergabe-Kriterien vorab beraten und beschließen **Antrag: GRÜNE** **Vorlage: 2018/0430**

Beschluss:

Verwiesen in den Hauptausschuss

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Es ist etwas schwierig mit den Vergaben bei der Stadt Karlsruhe. Die Erfahrung ist, die Vergabe kommt in den Hauptausschuss. Wir sagen: Würden Sie nächstes Mal bitte dies und jenes berücksichtigen. Dann heißt es, wir behalten das im Hinterkopf. Wenn das nächste Mal die Sache vergeben wird, bekommen wir die gleichen Vergabevoraussetzungen vorgelegt wie vorher. Unsere Kritik verhallt ungehört. Deshalb stellen wir jetzt einen Antrag, dass die Verwaltung der Verpflichtung, die sie auch eingegangen ist, als sie sich der Agenda 2030 angeschlossen hat, nachkommt und ihre Vergaben fair und nachhaltig gestaltet. Um darauf Einfluss nehmen zu können, wollen wir über die Vergaberichtlinien vorher mitbestimmen. Ehrlich gesagt frage ich mich, warum entscheiden wir überhaupt über die Vergaben? Warum spricht uns die Gemeindeordnung dieses Recht zu, wenn die Stadtverwaltung uns nicht das Recht zugestehen will, auch mit darüber zu reden, wie vergeben wird?

Wir haben aktuell die einzige Möglichkeit auf Vergaben Einfluss zu nehmen, indem wir gegen eine Vergabe stimmen, die bereits gelaufen ist, was Regressforderungen für die Stadt zur Folge hätte. An der Stelle nehmen wir unsere Verantwortung so wahr, dass wir sagen, wir wollen vorher mit der Stadtverwaltung übereinkommen, was wir für sinnvolle

Vergaberichtlinien halten. Da wir gemerkt haben, im Nachhinein und für die nächste Vergabe funktioniert es einfach nicht, stellen wir diesen Antrag, sich frühzeitig damit zu beschäftigen.

Sie verweisen darauf, dass an vielen Stellen gute Vergabekriterien einfließen. Sie verweisen auch auf den Beschaffungsbericht von 2015, in dem aber die neuen rechtlichen Möglichkeiten durch die Novellierung des Gesetzes von 2016 noch gar nicht vorkommen. Das ist uns an der Stelle nicht genug. Wir möchten den Antrag gerne verweisen. Wir möchten eine Möglichkeit finden, uns gemeinsam auf Vergaberichtlinien zu einigen, die sozialen und ökologischen Belangen nachkommen, anstatt immer so weiter zu machen wie jetzt. Die Stadt ist nicht perfekt. Wir möchten die Luft nach oben gerne nutzen.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Kollege Konrad, ich habe schon viele Anträge von Ihnen lesen müssen. Aber bei diesem Antrag muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, ich glaube, Sie sitzen auf der falschen Seite des Hauses. Sie und Ihre Fraktion haben vor, sich in das operative Geschäft einer Verwaltung einzuschalten. Wenn Sie das machen wollen, sollten Sie sich einmal beim Herrn Oberbürgermeister erkundigen, ob er Sie einstellen kann bei der Verwaltung, beispielsweise in einem Vergabeausschuss.

Das Entscheidende ist doch, dass wir eine Verwaltung haben, die uns im Vorfeld genau diese Kriterien, was die Rechtslage ist, ausarbeitet und in den verschiedenen Ausschüssen vorstellt. Dann hat der Gemeinderat bzw. der zuständige Ausschuss die Aufgabe, danach zu vergeben. Das ist die Aufgabe eines Gemeinderates. Und nicht, sich in das operative Geschäft einzumischen.

Des Weiteren lassen Sie mich noch eines sagen, lieber Herr Kollege. Das, was Sie vorhaben, wäre ein Bürokratieaufwand, den dieser Gemeinderat, der ehrenamtlich tätig ist, gar nicht mehr erfüllen kann. Sie müssen VOBs lesen, Sie müssen Richtlinien einhalten usw. Das ist nicht zu schultern für einen Gemeinderat, der seine Tätigkeit ehrenamtlich macht. Deshalb klare Ablehnung dieses Antrags.

Stadträtin Fischer (SPD): Die Antwort der Verwaltung überzeugt. Insbesondere die großen Verfahren sind zu komplex und zu umfangreich, um über den Hauptausschuss oder im Gemeinderat verantwortlich beraten zu werden. Auch würde es einen immensen Zeitaufwand kosten. Allerdings, da gebe ich den Kollegen Recht, bleibt die berechtigte Frage, wie wir als Gemeinderat das Vergabeverfahren beeinflussen können. Nicht die großen Vergabeverfahren sollten dabei im Fokus stehen, sondern die Mehrzahl der Vergaben, die unter dem Schwellenwert liegen und in den Dezernaten und Dienststellen entschieden werden. Sie stellen nämlich den Hauptanteil der gesamten Vergabeverfahren dar. Wichtig ist es, für diese Vielzahl von Vergaben einheitliche und transparente Standards und Vorgaben festzulegen. Da ist unsere zentrale Vergabestelle der Anker, an dem das Ganze sich auch anbinden lassen würde. Wir können Einfluss nehmen über die bestehende Vergabedienstanzordnung, die in der Stadt vorliegt. Hier können wir die Nachhaltigkeitskriterien, die der Kollege angesprochen hat, für alle Vergaben verbindlich festlegen, auch Transparenz festlegen und fester verankern und damit auch die Ämter und die Gesellschafter viel stärker binden. Hier kann uns beispielsweise die Servicestelle der Kommunen in einer Welt von Engagement global in einer Startphase behilflich sein, was möglich ist bei Vergaben in der öffentlichen Hand. Man könnte mit einer Fachveranstaltung sozusagen erste Rahmenbedingungen diskutieren im Gemeinderat. Auf dieser Grundlage könnten dann in der Vergabedienstanzwei-

sung langfristig nachhaltige Vergaben allgemein gültig und für die ganze Stadt verbindlich festgelegt werden. Dies halte ich für einen Weg, der auch in anderen Kommunen in diesem Bereich beschritten wird.

Stadtrat Haug (KULT): Es ist richtig, dass diese VOL/VgV-Verfahren nicht nur über den Preis entschieden werden. Das ist gut so. So hat die Stadt die Möglichkeit, geeignete Bieterrinnen und Bieter auch nach den gewünschten Kriterien auszuwählen. Allerdings sind auch schon heute die Verfahren so aufwendig, sowohl auf Auftraggeber- als auch auf Bieterseite, dass es zuweilen schon als Zumutung bezeichnet werden kann, diese zu bearbeiten. Deswegen empfehlen wir durchaus, im Sinne der Kosten die Verfahren nicht zu verlängern.

Trotzdem ist es gut, dass die GRÜNEN diesen Antrag gestellt haben, um noch einmal deutlich auf den Anspruch des Gemeinderats hinzuweisen, dass diese politischen Stellschrauben genutzt werden und der Willen des Gemeinderates in das Verfahren einzufließen hat. Ich denke, dass man da eine Lösung finden kann.

Stadtrat Hock (FDP): Ich muss meinem Kollegen von der CDU Recht geben. Ich habe den Eindruck, man vergisst bei diesem Antrag eines vollkommen – das wundert mich dann doch schon -, wenn hier aus dem Hause oft gesagt wird, wie viel Zeit wir mit unserer Arbeit verbringen, mit der Durchsicht der ganzen Vorlagen usw. Und dass wir doch manchmal völlig überfordert sind, das alles durchzubekommen. Dann stellt man hier diesen Antrag, Kollege Konrad, wo man sich dann schon die Frage stellt, was wollen Sie denn erreichen? Sie werden erreichen, dass Sie noch viel mehr Arbeit haben, noch viel mehr lesen müssen und noch weniger verstehen werden.

Ich habe das vollste Vertrauen in die Vergabestellen der Stadt Karlsruhe, in die Verwaltungsleute, die das tagtäglich machen. Ich sehe nicht, dass der Gemeinderat hier im Haus diese Stellschraube noch ein bisschen drehen muss. Nein, die Vergaben sind im Moment so, dass sie ordentlich und sorgfältig, wie es auch Vorschrift ist, durchgeführt werden. Ich glaube nicht, dass wir es dann noch besser machen könnten, wie manche hier in der Verwaltung.

Deshalb: Meine Fraktion unterstützt diesen Antrag auf keinen Fall. Wir wissen nämlich, was dann hinten heraus kommt, das totale Chaos, weil viele noch weniger verstehen werden von der Materie.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Vom Prinzip her halten wir den Antrag der GRÜNEN für richtig. Unabhängig von der Zielsetzung, die im Antragstext erst im letzten Satz vorkommt, ist es natürlich wirklich so, dass wir unserer Verantwortung als Gemeinderat nachkommen müssen. Wenn wir dann Entscheidungen treffen, die eigentlich schon gefallen sind, treffen wir keine echten Entscheidungen. Die Beiträge, die ich hier gehört habe gegen diesen Antrag, sind aus meiner Sicht nicht wirklich überzeugend, weil sie nur sagen: Wir wollen keine Information, wir wollen keine Wahlmöglichkeit. Die Frage ist: Welchen Wert hat eine Entscheidung, die letztendlich schon gefallen ist, wo man gar nicht mehr die Möglichkeit hat, stattdessen eine andere Entscheidung zu treffen. Das ist der Kern dieses Antrags. Deswegen halten wir diesen Antrag für richtig. Es kann nicht sein, dass wir regelmäßig in die Situation kommen, dass wir eine Sache für gut halten müssen, einfach weil sie letztendlich schon, dadurch dass das Verfahren schon so weit fortgeschritten ist, entschieden

ist. Da muss man eine bessere Lösung finden, auch wenn sie für uns Stadträte mit mehr Arbeit verbunden ist.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir wünschen uns eine zügige Abwicklung von Prozessen. Wir wünschen uns eine schlanke Verwaltung. Das verzögert die ganze Geschichte. Deswegen kann dieser Antrag in dieser Form nur die Verfahren komplizieren. Deswegen sagen wir, es ist so nicht möglich. Es ist doch nicht so, dass wir nicht über soziale Standards diskutiert haben, dass wir nicht im Bauausschuss über solche Kriterien gesprochen haben. Das war doch ständig Thema. Wir haben Einfluss genommen. Es ist ständig damit gearbeitet worden. Deswegen halte ich diesen Antrag für überflüssig.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich möchte mich dem anschließen, was mein Kollege Kalmbach gesagt hat. Ich überlege mir gerade, wie viele Vergaben wir im Bauausschuss allein in den letzten Monaten vergeben haben. Da sollte dann vorher im Hauptausschuss noch über die Kriterien beraten werden. Dann geht es wieder weiter. Wenn wir schlank, effizient und kostengünstig verhandeln sollen, dann ist dieser Antrag überflüssig.

Der Vorsitzende: Ich möchte Sie einladen noch einmal kurz darüber nachzudenken, was die Rolle des Gemeinderates und was die der Verwaltung ist. Es ist Ihre Rolle, uns Vergabekriterien als Rahmensetzung an die Hand zu geben. Aber es kann nicht sein, dass dann bei den einzelnen Vergaben Sie jeweils vielleicht anfangen - je nachdem, worum es geht – noch einmal der einzelnen Ausschreibung wiederum andere Rahmenbedingungen vorzugeben. Das ist auch nicht das, was Sie meinten, Herr Konrad. Ich will nur sagen, das könnte auch eine Folge sein, wenn wir jetzt bei jeder Ausschreibung noch einmal vorher mit Ihnen darüber diskutieren. Wir müssen eine Vertrauensbasis schaffen, dass wir die Rahmenbedingungen, die Sie uns vorgeben, auch einhalten.

Die letztendliche Vergabe, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, kommt nicht deswegen zu Ihnen, damit Sie dann alles noch einmal von vorne beginnen, sondern Sie sollten überprüfen, ob wir das entsprechend qualitativ gemacht haben. Sie sollten am Ende noch einmal eine Grundsatzentscheidung treffen, ob man wirklich für dieses Projekt so viel Geld als Ergebnis einer Ausschreibung dann auch einsetzt. Das ist im Grunde noch einmal die letzte Möglichkeit, politisch zu sagen, wenn wir von Anfang an gewusst hätten, dass es am Ende so viel kostet, dann lassen wir es lieber doch. Denn sonst hätten wir völlig freie Hand, aus einem Ausschreibungsverfahren am Ende einfach etwas viel Teureres zu beschließen. Das ist der Sinn dieser letzten Entscheidung.

Ich habe jetzt aber auch Ihren Beitrag, Herr Stadtrat Konrad, gar nicht so verstanden, dass es Ihnen jetzt partout darum geht, alles vorher zu wissen, sondern Sie sind unzufrieden damit, wie die Vergabekriterien angewendet werden und haben selber gesagt, Sie könnten sich vorstellen, dass wir das noch einmal verweisen und dann eher über diese Thematik reden. Insofern würde ich sagen, wir beenden die Diskussion darüber, dass der Gemeinderat frühzeitig in alles eingebunden werden muss. Aber wir verweisen den Antrag in den Hauptausschuss. Dann diskutieren wir dort noch einmal über dieses Thema, wie ist mit den Vergabekriterien umzugehen. Wäre das ein Angebot?

Es gab eine doch relativ breite Unterstützung für dieses Anliegen. Wenn wir so verbleiben können, dass wir es verweisen, um noch einmal über diese Unzufriedenheit mit dem, wie mit Vergabekriterien umgegangen wird, zu sprechen. Dann aber nicht am Einzelfall, son-

dern dann müssen wir es insgesamt noch einmal thematisieren. In diesem Sinn verweisen wir es in den entsprechenden Ausschuss. Ich habe jetzt einmal Hauptausschuss gesagt. Ich hoffe, dass das stimmt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
15. Oktober 2018